

K-3-3 III Menschen- und Demokratiefeindlichkeit bekämpfen - Demokratie stärken

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 22.03.2021

Tagesordnungspunkt: 4. Das Programm zur Landtagswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sachsen- Anhalt

Text

3332 III Menschen- und Demokratiefeindlichkeit 3333 bekämpfen - Demokratie stärken

3334 Wir sind eine antifaschistische Partei. Der antisemitische, rassistische und
3335 frauenfeindliche Anschlag von Halle am 9. Oktober 2019 hat noch einmal
3336 klargemacht, dass die extreme Rechte in all ihren Formen innerhalb und außerhalb
3337 der Parlamente aktuell die größte Bedrohung für die offene demokratische
3338 Gesellschaft darstellt. Diese Bedrohung werden wir weiter engagiert bekämpfen.
3339 Dafür wollen wir die vielfältige demokratische Zivilgesellschaft und die
3340 Sicherheitsbehörden stärken.

3341 Wir setzen uns dafür ein, dass die Sicherheitsbehörden einen klaren Fokus auf
3342 den Kampf gegen Rechtsextremismus legen. Jede*r muss spüren, dass der
3343 Rechtsstaat rassistischen, antisemitischen, sowie menschen- und
3344 demokratiefeindlichen Straftaten keinen Raum lässt. Wir setzen auf konsequente
3345 Strafverfolgung und wollen die Perspektive der Betroffenen rechter Gewalt und
3346 Hetze stärken. Aktivitäten wie die Internetstreife gegen Hasskriminalität im
3347 Netz wollen wir ausweiten. Zur Bekämpfung von Hasskriminalität braucht es im
3348 Regelfall keine neuen staatlichen Befugnisse, sondern eine konsequente Anwendung
3349 bestehender Rechtsnormen, sowie bessere Informationsgewinnung und Analyse bei
3350 den Sicherheitsbehörden. Wir wollen auch deshalb dafür sorgen, dass staatliche
3351 Behörden und zivilgesellschaftliche Expertise stärker miteinander vernetzt
3352 werden.

3353 Antisemitismus, Rassismus antimuslimische Ressentiments, Antiziganismus und
3354 andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind keine Phänomene an den
3355 Rändern unserer Gesellschaft. Sie sind in der sachsen-anhaltischen Bevölkerung
3356 verbreitet.

3357 Der Kampf gegen die extreme Rechte kann auch deshalb nicht durch
3358 Sicherheitsbehörden gewonnen werden. Entscheidend sind der entschlossene
3359 zivilgesellschaftliche Widerspruch und das Engagement der Bürger*innen. Wir
3360 stehen an der Seite der demokratischen Zivilgesellschaft und arbeiten aktiv in
3361 Vereinen, Verbänden und Initiativen mit.

3362 Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für die politische
3363 Auseinandersetzung in unserer Demokratie. Engagierte Menschen in Initiativen,
3364 Bündnissen, Verbänden, oder Vereinen stärken den Zusammenhalt, tragen dazu bei,
3365 wichtige Anliegen auf die öffentliche Tagesordnung zu heben und leisten ihren
3366 Beitrag zur öffentlichen Willensbildung. Mit Demokratiefördergesetzen auf
3367 Bundes- und Landesebene werden wir ihr Engagement nachhaltig, unbürokratisch und
3368 finanziell absichern.

3369 Der Kampf gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie
3370 Rassismus, Homo- und Transphobie und Frauenfeindlichkeit ist weiterhin ein
3371 Schwerpunkt unserer Arbeit. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Kampf gegen den
3372 erstarkenden Antisemitismus in all seinen Varianten zu. Dafür stärken wir die
3373 Ansprechperson für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus auf Landesebene.
3374 Zudem werden wir in allen Bildungseinrichtungen die Aufklärung über
3375 Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
3376 ausbauen. Den Schutz jüdischer Einrichtungen und anderer bedrohter Objekte
3377 wollen wir dauerhaft sicherstellen. Das Landesprogramm für ein weltoffenes
3378 Sachsen-Anhalt wollen wir verstetigen und ausbauen. Zivilgesellschaftliches
3379 Engagement in der Demokratieförderung braucht Fachträger mit dauerhaften
3380 Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ebenso wie Modellprojekte, in denen
3381 Neues entwickelt werden kann und breit getragene, ehrenamtliche Bündnisse und
3382 Initiativen. Wir entwickeln Fördermodelle, die diese Vielfalt der
3383 Zivilgesellschaft spiegeln und unterstützen.

3384 Wir stärken zivile Konfliktbearbeitung insbesondere in den Kommunen, wo durch
3385 Beteiligungsformate wie Konfliktberatung, konfliktsensible Gemeinwesenarbeit,
3386 Stadtteildialoge oder Gemeinwesenmediation lokale Konflikte konstruktiv
3387 bearbeitet werden können.

3388 Wir schaffen ein Landesantidiskriminierungsgesetz

3389 Deutschland ist ein Einwanderungsland und auch die Gesellschaft Sachsen-Anhalts
3390 hat sich verändert. Sie ist vielfältiger geworden. Staatliche Behörden müssen
3391 diese Diversität anerkennen und bejahen. Wir wollen als Land klarstellen, dass
3392 Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, einer
3393 rassistischen Zuschreibung, einer antisemitischen Zuschreibung, der Sprache, der
3394 Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung,
3395 des Lebensalters, der sexuellen Identität, der geschlechtlichen und Gender-
3396 Identität sowie des sozialen Status durch öffentliche Stellen nicht toleriert
3397 werden. Wir erachten das Landesantidiskriminierungsgesetz Berlin als
3398 vorbildliche Regelung und streben eine solche Regelung auch für Sachsen-Anhalt
3399 an. Damit schließen wir Lücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes in
3400 Lebensbereichen, die in Gesetzgebungskompetenz des Landes fallen, zum Beispiel
3401 in den Bereichen Bildung und Polizeivollzug.

3402 Ein Gesetz für die Versammlungsfreiheit

3403 Die Versammlungsfreiheit ist für eine funktionierende Demokratie und eine
3404 vielfältige Zivilgesellschaft unentbehrlich. Wir wollen dieses wichtige
3405 Grundrecht stärken und deshalb das Landesversammlungsgesetz weiterentwickeln.
3406 Mit einem Gesetz für die Versammlungsfreiheit schaffen wir eindeutige
3407 Zuständigkeiten, verringern Rechtsunsicherheiten und erleichtern Bürger*innen
3408 die Anmeldung und Durchführung von Versammlungen. Wir wollen, dass alle
3409 Bürger*innen sich ohne Furcht vor staatlicher Überwachung oder strafrechtlicher
3410 Verfolgung an friedlichen Versammlungen beteiligen können. Den zuständigen
3411 Behörden geben wir mit einem Gesetz den Auftrag zur Deeskalation und Kooperation
3412 auf den Weg.

3413 Das Parlament weiter stärken

3414 Wir stehen für eine produktive Streitkultur in einem lebendigen und transparent
3415 arbeitenden Parlament, denn demokratischer Streit um die beste Lösung macht Lust
3416 auf Demokratie und Mitmachen. Die Öffnung der Ausschüsse für die Öffentlichkeit
3417 war ein wichtiger grüner Erfolg, auf dem wir weitere Schritte zu umfassender
3418 Transparenz der Parlamentsarbeit aufbauen wollen. Eine weitere Verkleinerung des
3419 Landtags unter die Regelgröße von 83 Abgeordneten lehnen wir ab. Wir setzen uns
3420 für ein gesetzliches Verbot des Einsatzes von Mitarbeiter*innen der Abgeordneten
3421 für Parteiarbeit und Wahlkämpfe ein.

3422 Wir wollen ein gesetzlich festgelegtes Verfahren, wie das Parlament in Fällen
3423 von Katastrophen, Notständen, Pandemien oder Ähnlichem in Entscheidungen
3424 einbezogen wird.

3425 Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass alle Menschen in die gesetzliche
3426 Rentenversicherung einzahlen, auch Abgeordnete. Nebeneinkünfte von Abgeordneten
3427 sollen gesetzlich und eurogenau offengelegt werden. Das Lobbyregister des
3428 Landtags wollen wir so weiterentwickeln, dass für Bürger*innen nachvollziehbar
3429 wird, wer auf den Gesetzgebungsprozess im Einzelnen Einfluss genommen hat.

3430 Gewaltenteilung ernst nehmen

3431 Gewaltenteilung ist ein Grundwert unserer Demokratie. Indem Minister*innen
3432 gleichzeitig Abgeordnete sind, wird die Kontrolle der Regierung durch das
3433 Parlament erschwert. Wir wollen deshalb eine strikte Trennung von
3434 Regierungsarbeit und Parlament.

3435 Für Minister*innen und Staatssekretäre wollen wir eine Karenzregelung schaffen,
3436 die eine Abklingzeit regelt, bevor diese in ihrem ehemaligen
3437 Verantwortungsbereich in die freie Wirtschaft wechseln können.

3438 Bürger*innenbeteiligung ausbauen

3439 Demokratie bedeutet, unterschiedliche, sich widersprechende Sichtweisen und
3440 Interessen wahrzunehmen, Konflikte anzuerkennen und Zusammenleben durch
3441 Aushandlung gemeinsam zu gestalten. Demokratie braucht konstruktiven Streit und
3442 gemeinsame Suche nach Lösungen, gerade in Zeiten umfassenden und schnellen
3443 Wandels.

3444 Wir begreifen die Zivilgesellschaft mit ihrem reichen Spektrum an Initiativen,
3445 Vereinen und Verbänden als Motor einer lebendigen Demokratie. Daher wollen wir
3446 ihre Bedeutung stärken, indem sie verbindlicher eingebunden wird. Wo
3447 Bürger*inneninitiativen in Kommunen eigene Ideen und Vorschläge entwickeln, muss
3448 es das Recht geben, diese den kommunalen Räten als Vorlage zu unterbreiten. Wir
3449 setzen uns dafür ein, dass unnötige Hürden hierfür weiter abgebaut werden. Dazu
3450 gehört für uns auch ein ausreichendes Angebot an Materialien, Anträgen und
3451 Formaten in einfacher und verständlicher Sprache.

3452 Um mehr Beteiligung zwischen den Wahlen zu ermöglichen, schlagen wir die
3453 Einführung von Bürger*innenräten auf kommunaler und auf Landesebene vor. Per Los
3454 sollen Menschen in einem strukturierten Prozess in repräsentativen Gruppen
3455 zusammengeführt werden, um konkrete Fragestellungen gemeinsam zu bearbeiten. Am

3456 Ende sollen Empfehlungen für die gewählten Politiker*innen abgegeben werden, die
3457 diese zwingend beraten müssen.

3458 Wir wollen alle Einwohner*innen Sachsen-Anhalts an gesellschaftlichen
3459 Entscheidungsprozessen teilhaben lassen. Wir setzen darauf, dass sich
3460 Jugendliche, Geflüchtete, EU-Bürger*innen und Migrant*innen aktiv einbringen
3461 wollen. Darum wollen wir das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 14
3462 Jahre senken und das Wahlrecht für die genannten Gruppen öffnen.

3463 Demokratie vor Ort stärken

3464 Uns kommt es darauf an, Ideen und Ansätze vor Ort zu entwickeln und zu
3465 gestalten. Wir machen uns dafür stark, dass die Menschen wieder mehr über ihre
3466 Belange mitentscheiden können. Das stärkt den Gemeinsinn in der Kommune und den
3467 Zusammenhalt einer Region und begünstigt die Akzeptanz eines demokratisch
3468 organisierten Gemeinwesens.

3469 Vier Fünftel der Menschen in Sachsen-Anhalt leben in ländlichen Regionen. Wir
3470 wollen, dass ihre Lebenswirklichkeit sichtbar wird und sie in ihrer
3471 Selbstwirksamkeit stärken. Ein „Parlament der Dörfer“ kann gemeinsames
3472 Sprachrohr, Vernetzungsort und politische Vertretung der Dörfer und Gemeinden
3473 sein und den Städte- und Gemeindebund sowie den Landkreistag sinnvoll ergänzen.

3474 Wir wollen die Menschen vor Ort dabei unterstützen, die Gestaltung ihres
3475 Lebensumfeldes in die eigenen Hände zu nehmen. Dafür sind die Befugnisse und
3476 Kompetenzen kommunaler Politik auszubauen. Das gilt insbesondere für die Ebene
3477 der Ortschaften. Auch auf dieser unteren Ebene der Politik, die unmittelbar an
3478 die Lebenswelt der Bürger*innen anschließt, wollen wir Formen der direkten
3479 Demokratie entwickeln. Dafür sollen Einwohner*innenanträge, Bürger*innenbegehren
3480 und -entscheide auch dort möglich werden. Außerdem sollte verbindlich geregelt
3481 werden, dass Ortschaftsräte eigene Budgets bekommen und wieder über mehr
3482 Entscheidungskompetenzen verfügen.

3483 Auch sollen Bürger*innenbegehren künftig in weiteren Bereichen, beispielsweise
3484 in Bauangelegenheiten, möglich sein. Bei Bürgermeister*innenwahlen soll es dort,
3485 wo nur ein*e Kandidat*in antritt, künftig eine echte Wahl mit Ja- und Nein-
3486 Stimmen und festgelegten Quoren geben.

3487 Außerdem wollen wir vor Ort mehr Transparenz wagen. Künftig sollen zusätzlich zu
3488 den Ortsbürgermeister*innen auch die Mitglieder eines Ortschaftsrats Fragerecht
3489 in allen Belangen der Kommune haben. Außerdem sollen die Mitglieder der
3490 Ortschaftsräte Akten einsehen dürfen. Kommunen sollen das Recht bekommen,
3491 Ortschaften mit einem angemessenen Investitionsbudget auszustatten.

3492 Zur Vermeidung von Interessenkonflikten sollen hauptamtliche Bürgermeister*innen
3493 nicht mehr Mitglieder in Kreistagen sein können. Wir setzen uns dafür ein, dass
3494 Reisekosten von kommunalen Mandatsträger*innen künftig gleichberechtigt, also
3495 unabhängig vom Verkehrsmittel, anerkannt werden. Dabei sollte der ÖPNV bevorzugt
3496 genutzt werden.

3497 Die Kontrolle kommunaler Zweckverbände wollen wir verbessern. Die
3498 Verbandsversammlungen müssen die Zusammensetzung der Vertretungen der
3499 Mitgliedsgemeinden abbilden.

3500 Bei den Gehältern von Sparkassenvorständen wollen wir Transparenz schaffen und
3501 diese offenlegen.

3502 Demokratiebildung fachübergreifend in den Schulen

3503 Bis 2030 sollen Demokratiebildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie
3504 die Friedens- und Demokratiepädagogik in Sachsen-Anhalt an allen Schulen als
3505 fächerübergreifende Querschnittsaufgaben begriffen werden. Das heißt:
3506 Schüler*innen sollen wissen und täglich erfahren, was es heißt, demokratisch zu
3507 handeln. Lehrkräfte und Schulleitungen sollen fächerübergreifend an
3508 gesellschaftlichen Themen arbeiten und die Schüler*innen demokratisch in die
3509 Unterrichtsgestaltung und Schulentwicklung mit einbeziehen. Hier wollen wir
3510 außerschulische Akteur*innen stärker einbeziehen. Schulangehörigen sollen selbst
3511 Demokratieerfahrungen machen können und Demokratie leben. Die Lehrer*innenaus-
3512 und -fortbildung wollen wir dementsprechend anpassen. Wir setzen uns außerdem
3513 für Projekte wie die demokratische Schule oder Schule ohne Rassismus ein.

3514 Religion und Weltanschauung: gemeinsam im Dialog

3515 Die Werteordnung des Grundgesetzes bildet unser gemeinsames Fundament: Niemand
3516 darf wegen seines Glaubens oder Nichtglaubens bevorzugt oder benachteiligt
3517 werden.

3518 Wir treten für die religiöse und weltanschauliche Gleichberechtigung aller
3519 Menschen auf der Grundlage unserer Verfassung ein. Wir sehen alle Religionen in
3520 unserem Land als gleichberechtigt an und fördern den interreligiösen und
3521 kulturellen Austausch.

3522 Als Grüne bekennen wir uns zum grundgesetzlichen Schutz des Sonntags. Er ist ein
3523 zentrales Moment in der Zeitorganisation von Staat und Gesellschaft und
3524 verschafft allen Menschen eine Zeit der Erholung, der Besinnung und der
3525 Begegnung. Wir stellen dennoch fest, dass die weit überwiegende Mehrheit der
3526 Bürger*innen in Sachsen-Anhalt sich keiner Kirche und Religionsgemeinschaft
3527 zugehörig fühlt. Wir wollen deshalb Tanz- und Sportveranstaltungen auch an
3528 stillen Feiertagen ermöglichen.

3529 Wir setzen uns auf Bundesebene für einen Rahmen zur Ablösung der Leistungen für
3530 historisch überkommene Verluste der Kirchen ein und wollen damit einen alten
3531 Verfassungsauftrag endlich erfüllen. In Sachsen-Anhalt wollen wir im Dialog mit
3532 den Evangelischen Kirchen und der Katholischen Kirche zu einer Modernisierung
3533 der Staatskirchenverträge kommen.

3534 Wir stehen im beständigen Austausch mit den christlichen Kirchen, dem
3535 Landesverband jüdischer Gemeinden und den muslimischen Gemeinden im Land. Guter
3536 Dialog braucht Partner*innen, deshalb freuen wir uns, wenn auf Ebene der
3537 muslimischen Gemeinden ein Ansprechpartner auf Landesebene entsteht und
3538 unterstützen die Gemeinden hier.

3539 Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und auch Christenfeindlichkeit treten
3540 wir engagiert entgegen.

3541 Die Zahl der konfessionsfreien Menschen ist in Sachsen-Anhalt seit vielen Jahren
3542 hoch und steigt weiter. Wir werden daher dafür sorgen, dass die Perspektive von

3543 konfessionsfreien Menschen in gesellschaftlichen und ethischen Debatten
3544 mitgedacht wird. Dazu wollen wir unter anderem die humanistischen Verbände
3545 besser in Dialogprozesse einbinden.

3546 Sachsen-Anhalt als europäische Region

3547 Wir stehen für ein demokratisches, weltoffenes und soziales Europa mit starken,
3548 zusammenwachsenden Regionen. Wir streiten für eine stärkere Gewichtung der
3549 Europapolitik in Sachsen-Anhalt. Dazu gehört ein klares Bekenntnis zum
3550 europäischen Einigungsprozess, auch in der Landesverfassung. Das
3551 europapolitische Leitbild der Landesregierung wollen wir stärker als bisher über
3552 alle Ressorts ausgestalten.

3553 Sachsen-Anhalt wird keine der großen Herausforderung des 21. Jahrhunderts allein
3554 lösen können. Gute Zusammenarbeit zwischen den Staaten, Regionen und Kommunen
3555 der EU ist deshalb unverzichtbar. Kommunen und Regionen müssen auf EU-Ebene ein
3556 gestärktes Mitspracherecht erhalten und regelmäßig in europapolitische Prozesse
3557 einbezogen werden. Dabei gilt das Subsidiaritätsprinzip. Wichtige Entscheidungen
3558 auf EU-Ebene gehören zunehmend auch in den Landtag und in die kommunale Ebene
3559 und müssen daher auch dort diskutiert werden. Der Ausschuss der Regionen muss
3560 verstärkt Dialoge mit dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission
3561 und dem Europäischen Rat führen. Die Rechte des Ausschusses der Regionen wollen
3562 wir schrittweise hin zu einer zweiten Kammer in einer föderalen europäischen
3563 Republik stärken.

3564 Wir begrüßen es, wenn Mandatsträger*innen der Kommunal- und Landesebene den
3565 europäischen Austausch suchen und damit Städte- und Regionalpartnerschaften mit
3566 Leben füllen. Dieses Engagement wollen wir unterstützen, indem wir ihnen einen
3567 Austausch im Rahmen des ERASMUS Staff Mobility ermöglichen. Diesen Austausch
3568 wollen wir auch Mitarbeiter*innen in den Landes- und Kommunalverwaltungen
3569 anbieten. Denn um in Zukunft als europäische Region auf Augenhöhe mitwirken zu
3570 können und wahrgenommen zu werden, müssen die Diversität und Europakompetenz in
3571 den Verwaltungen erhöht und die organisatorischen, finanziellen und personellen
3572 Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Neben dem Austausch gehören dazu auch
3573 Weiterbildungen und Sprachkurse. Zusätzlich dazu wollen wir die Arbeit der
3574 Landesvertretung in Brüssel und der europapolitischen Informationseinrichtungen
3575 in Sachsen-Anhalt ausreichend absichern. Für Fragen um europäische Politik und
3576 Förderung wollen wir in allen Kreisstädten und kreisfreien Städten zentrale
3577 Anlaufstellen einrichten. Wir wollen die Möglichkeit prüfen, analog zu Sachsen
3578 und Bayern neben der Landesvertretung eine Kommunalvertretung in Brüssel
3579 einzurichten. Ein erster Schritt ist die Einrichtung einer Informations- und
3580 Kontaktstelle für unsere Kommunen in der Landesvertretung, um mehr Kommunikation
3581 zwischen den Kommunen und der EU zu schaffen.

3582 Denn Europa lebt von seinen Menschen und ihrem Dialog miteinander. Mit unseren
3583 Partnerregionen Masowien und Centre-Val de Loire fühlen wir uns tief verbunden,
3584 weshalb wir die Beziehungen mit ihnen intensivieren wollen. Zusätzlich wollen
3585 wir die Möglichkeit prüfen, weitere Regionalpartnerschaften einzugehen. Bei
3586 Delegationsreisen der Landesregierung wollen wir stets das Ziel verfolgen, in
3587 den Austausch zu den Themen Klimaschutz, Menschenrechte, politische Teilhabe,
3588 Frieden, soziale Gerechtigkeit und ausgewogene globale Entwicklung zu treten.
3589 Stets wollen wir darauf verweisen, dass Menschenrechte und Demokratie für uns

3590 nicht verhandelbar sind. Die Partnerschaften und der wechselseitige Austausch
3591 mit anderen Regionen soll jedoch nicht nur seitens der Landesregierung und -
3592 verwaltung stattfinden, sondern auch auf kommunaler Ebene intensiviert werden.
3593 Städtepartnerschaften auf kommunaler Ebene wollen wir aktiv unterstützen.
3594 Außerdem betrachten wir den zivilgesellschaftlichen Dialog als wichtige
3595 Grundlage für gute europäische Zusammenarbeit. In diesen wollen wir Schulen,
3596 Berufsverbände, Religionsgemeinschaften, lokale Bürger*inneninitiativen,
3597 Vereine, NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteure einbinden. Zusätzlich
3598 sollen diese Partnerschaften durch eine bessere Öffentlichkeitsarbeit stärker
3599 ins Bewusstsein der Sachsen-Anhalter*innen gerückt werden.

3600

3601 Auf Bundesebene setzen wir uns für die Stärkung, den Ausbau und die
3602 Entbürokratisierung der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) als Instrument der
3603 direkten Bürger*innenbeteiligung und Teilhabe ein.

3604 Wir begrüßen es, wenn sich Kommunen und Landkreise europäischen und
3605 internationalen Netzwerken und Initiativen wie den „Smart Cities“, „Fairtrade
3606 Towns“ oder „Fairtrade Landkreise“ anschließen, um dadurch z. B. den
3607 Strukturwandel mitzugestalten. Partnerschaften im Globalen Süden erhöhen die
3608 Bekanntheit Sachsen-Anhalts in der Welt und tragen zu einer anti-rassistischen,
3609 weltoffenen Gesellschaft, kulturellem Austausch und neuen wirtschaftlichen
3610 Beziehungen bei. Wir stoßen deshalb bei Mandatsträger*innen der Kommunal- und
3611 Landesebene an, Städtepartnerschaften mit Städten des Globalen Südens
3612 einzugehen. Weiterhin prüfen wir die Möglichkeit, Regionalpartnerschaften im
3613 Globalen Süden einzugehen.

3614 Wir befürworten die von der Europäischen Kommission ins Leben gerufene Bewegung
3615 des New European Bauhauses. Wir sehen darin Chancen, das Bemühen um
3616 Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen voranzutreiben und die Bauhaus-Idee neu
3617 zu beleben. Wir wollen daher Bestrebungen des Umweltbundesamtes (UBA)
3618 unterstützen, eine Nachhaltigkeitsakademie am Standort Dessau aufzubauen. Hierzu
3619 sollen neben dem UBA Kompetenzen der Hochschule Anhalt und der Stiftung Bauhaus
3620 gebündelt werden.

3621 Eine bürger*innenfreundliche, transparente und effiziente
3622 Verwaltung schaffen

3623 Wir wollen eine effiziente, transparente und bürger*innennahe Verwaltung. Die
3624 Zuständigkeiten von unterster, oberer und oberster Instanz sind neu zu regeln.

3625 Das Landesverwaltungsamt ist die zentrale Mittelbehörde und arbeitet derzeit
3626 neben weiteren Landesbehörden wie Landesämtern und Landesbetrieben. Dadurch
3627 bestehen überflüssige Doppelstrukturen, die wir abbauen wollen, um kurze
3628 Entscheidungswege und eine klare Ressortverantwortung zu schaffen. Wir wollen
3629 deshalb die Aufgaben des Landesverwaltungsamtes, die fachlich in bereits
3630 bestehenden nachgeordneten Behörden der Ministerien erledigt werden können, auf
3631 diese Behörden verlagern. Dabei soll das Personal grundsätzlich mit der Aufgabe
3632 wandern. Wo die fachliche Expertise liegt, soll auch die Entscheidung getroffen
3633 werden. Damit wollen wir den Abstimmungsbedarf reduzieren.

3634 Wir stehen zum Widerspruchsverfahren als einfache und kostengünstige
3635 Kontrollmöglichkeit von Verwaltungsentscheidungen.

3636 Informationszugang – ein Bürgerrecht

3637 Das Recht auf Einsicht in Informationen der öffentlichen Verwaltung ist seit
3638 mehreren Jahren ein einklagbares Recht. Wir wollen die bestehenden Zugangsrechte
3639 zu einem breiten Transparenzrecht weiterentwickeln. Alle Behörden des Landes
3640 sollen zur schnellen und umfassenden Bereitstellung von offenen Daten
3641 verpflichtet werden. Die grundsätzliche Veröffentlichung amtlicher Informationen
3642 in Registern soll der Regelfall werden.

3643 DDR-Vergangenheit weiter aufarbeiten

3644 Wir stehen in der Tradition der Demokratie-, Bürgerrechts- und Umweltbewegung
3645 der DDR. Seit unserer Gründung haben wir einen wichtigen Beitrag für die
3646 demokratische Öffnung der Gesellschaft, für die Rechte von Minderheiten und die
3647 Selbstbestimmung geleistet. Der Kampf der Bürgerrechtler*innen zur Überwindung
3648 der Machtverhältnisse in der DDR und für die Errichtung einer lebendigen
3649 Demokratie in Sachsen-Anhalt ist uns Verpflichtung für die Zukunft. Wir sehen
3650 beides: Geschehenes Unrecht, für das Verantwortung zu übernehmen ist und
3651 individuelle Lebensleistung. Wir begrüßen es, wenn es möglich ist, dass sich
3652 Täter*innen und Opfer der DDR-Repression begegnen und ihre Geschichte wahrhaftig
3653 aufarbeiten. Opferverbände haben unsere Unterstützung. Unser Ziel ist,
3654 gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die individuelle Versöhnung
3655 ermöglichen.

3656 Zur Aufarbeitung gehört auch, dass der Arbeitsauftrag der*des Landesbeauftragten
3657 des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur um zusätzliche
3658 Aspekte systematischen Unrechts in der DDR erweitert wird. Wir wollen für das
3659 Thema „DDR-Geschichte“ in allen allgemeinbildenden Schulen einen festen Platz
3660 und die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR sowie die Gedenkstättenarbeit
3661 weiter unterstützen.